

Israel, die sogenannte einzige Demokratie des Nahen Ostens, hat Konkurrenz bekommen...



Mahmoud Abbas, der neue palästinensische Präsident

Die Palästinenser haben in geheimen und freien Wahlen, trotz durch die israelische Besatzung hervorgerufene Schwierigkeiten, am 9. Januar 2005 einen neuen Präsidenten gewählt.

Schon vorherige Wahlen waren demokratische und von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Wahlen gewesen. Da aber der Sieger Jassir Arafat war und sich Israel und die USA in den letzten Jahren weigerten mit ihm zu verhandeln, wurde diese Tatsache in der Öffentlichkeit oft nicht (mehr) wahrgenommen.

4. Mai 1994: Unterzeichnung des 'Gaza und Jericho Abkommens' durch Izrak Rabin und Jassir Arafat in Kairo

1. Juli 1994: Arafat kehrt nach 27 Jahren im Exil nach Palästina zurück. In Gaza wird er von einer jubelnden Menge empfangen, ebenso am 5. Juli in Jericho.

20. Januar 1996: Die ersten palästinensischen Präsidentschaftswahlen werden durchgeführt, sie sind gleichzeitig die Wahlen für 88 Mitglieder des Exekutivkomitees. Diese Wahlen wurden von internationalen Beobachtern begleitet und überprüft. Die internationale Gemeinschaft erkennt die Wahlen an.

(Detaillierte Informationen unter: <http://www.palestine-pmc.com/details.asp?cat=11&id=15>)

Mahmoud Abbas, ein enger Vertrauter Arafats, stammt aus Safed, wo er 1935 geboren wurde. Er floh 1948, nach der Gründung des Staates Israel, mit seinen Eltern nach Syrien. 1995 kehrte er aus dem Exil zurück.

Abbas hat arabische und englische Literatur studiert und erwarb einen Dokortitel an der Universität Moskau über "israelische Politik". 1980 wurde Mahmoud Abbas an die Spitze des PLO-Vorstandes gewählt. Er war maßgeblich an dem Zustandekommen der Verträge von Oslo beteiligt, gilt als zäher Verhandler und ist zu einer gerechten Friedenslösung bereit, wie er nach seiner Wahl erklärt hat.

Die Ausrede der israelischen Regierung, es gäbe keine Verhandlungspartner auf der palästinensischen Seite, kann nun selbst nach israelischen Standards nicht mehr gelten. Das Hauptproblem der Gewaltspirale liegt in der nun seit 37 Jahre andauernden Besatzung und fortgesetzten, illegalen Besiedlung von Westbank und Gazastreifen, sowie der andauernden Missachtung des internationalen Völkerrechts. Die ständige Forderung der israelischen Regierung, dass zuallererst ihr Verlangen nach völliger Einstellung alles gewalttätigen Widerstandes entsprochen werden muß bevor sie zu Verhandlungen bereit ist, ist absurd. Selbst schert sich die israelische Regierung nicht um die Verletzung internationalen Rechts und setzt ihre Häuserzerstörungen, Enteignungen und Vernichtung von Plantagen und Lebensgrundlagen, sowie den Bau von Mauer und Trennanlagen ungestört fort. Der von der israelischen Regierung angekündigte Abzug der Siedler aus dem Gazastreifen, obwohl einerseits begrüßenswert, wird den Gazastreifen in ein riesiges Gefängnis verwandeln, denn Israel behält sich das Recht vor sowohl den Luftraum als auch die Seewege und sämtliche Grenzen zu überwachen, jederzeit in Gaza einzumarschieren und Ziele zu bombardieren.

Deshalb fordern wir von der deutschen Regierung und der europäischen Union, verstärkt Druck auf die israelische Regierung auszuüben und die weitere Unterstützung durch militärische Güter und bevorzugte Einfuhrbedingungen einzustellen.